

Die RPK will das Budget umkremplein

ILLNAU-EFFRETIKON Der Voranschlag 2018 von Illnau-Effretikon ist eigentlich erfreulich, der Stadtrat budgetiert ein kleines Plus. Dennoch beantragt die RPK diverse Änderungen. Die aber gehen vielen Parteien zu weit.

An der Sitzung des Illnau-Effretiker Parlaments vom Donnerstag sind kontroverse Diskussionen zu erwarten. Traktandiert ist unter anderem der Voranschlag 2018, der – da sind die meisten einig – sehr gut daherkommt. Er schliesst bei einem Aufwand von 120,85 Millionen Franken und einem Ertrag von 120,94 Millionen mit einem Plus von 86'800 Franken.

Im Budget enthalten ist eine Vorfinanzierung von 2,6 Millionen Franken für die anstehende Sanierung der Schulanlage Watt. Ansonsten hätte der Stadtrat keine Schwarze Null, sondern ein Plus von 2,7 Millionen Franken prognostiziert. Es ist der vierte positive Voranschlag in Folge, und in den letzten zwei Jahren schlossen die Rechnungen 5 beziehungsweise 6 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Nun plant der Stadtrat, den Steuerfuss 2018 um zwei Prozentpunkte auf 113 Prozent zu senken (wir berichteten).

Hier fangen die Diskussionen an: Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) fordert einen Steuerfuss von höchstens 111 Prozent, eine Minderheit will dem Stadtrat folgen und den Steuerfuss um zwei Prozentpunkte senken und nach einer weiteren Minderheit soll der Steuerfuss bei 115 Prozent bleiben. «Die finanzpolitische Trendwende ist geschafft. Nun haben wir wieder finanziellen Spielraum», sagt RPK-Präsident Michael Käppeli (FDP). Er ist überzeugt, dass sich die Stadt einen Steuerfuss von höchstens 111 Prozent leisten kann. Die

Senkung verbessere die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt, findet auch René Truninger, Fraktionspräsident der SVP. «Zudem liegt unser Steuerfuss noch immer deutlich über dem kantonalen Mittel von 105,5 Prozent.» Es sei an der Zeit, der Bevölkerung etwas zurückzugeben, so die RPK-Mehrheit.

Etwas zurückgeben

RPK-Mitglied Andreas Hasler (GLP) will hingegen dem Stadtrat folgen. «Den finanziellen Spielraum hat sich die Stadt bewusst erarbeitet.» Doch die gute finanzielle Situation sei durch



«Unser Steuerfuss liegt noch immer deutlich über dem kantonalen Mittel.»

René Truninger, Gemeinderat (SVP)

die aussergewöhnlich hohen Grundstückgewinnsteuern in den letzten Jahren stark begünstigt worden. Sie betragen im nächsten Jahr acht Millionen Franken – ein Rekord. «Der Steuerfuss ist aber nicht der einzige Weg, der Bevölkerung etwas zurück zu geben», sagt Hasler. Er spricht von Vorfinanzierungen und Abschreibungen, um der Bevölkerung eine gute Infrastruktur zu bieten, die finanziell nicht zu stark belastet sei. «Diese Instrumente haben wir bis jetzt oft genutzt.»

Eine weitere Minderheit in der RPK, vertreten von Adrian Kindlimann (SP), fordert, den Steuerfuss zu belassen. Der Stadtrat rechne in seiner langfristigen Finanzplanung ab 2021 ohnehin erneut mit 115 Prozent. «Erhöhungen des Steuerfusses sind nicht beliebt, es ist fraglich, ob wir eine Mehrheit dafür finden, wenn wir darauf angewiesen sind», sagt Kindlimann.

Für ihn ist das Argument vom Geschenk an die Bevölkerung «scheinheilig». «Davon profitiert nur ein kleiner Teil, nämlich die Reichsten.» Viel mehr solle der Bevölkerung zurückgegeben werden, was ihr mit dem Sparpaket 2017 genommen, beziehungsweise an Mehrkosten aufgebürdet worden sei. Mit dem Sparpaket hat sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt, bis Ende 2017 Sparmassnahmen umzusetzen, um die laufende Rechnung jährlich um eine Million Franken zu verbessern. «Gerade kinderreichen Familien hat das weh getan. Zum Beispiel wurden die Kita-Beiträge teurer», sagt Kindlimann.

Vertrauen in Stadtrat

Wie Hasler bevorzugt Kindlimann eine «intelligente Investitionspolitik». «Die Rechnungen für die Schulanlagen Hagen und Watt sind noch nicht bezahlt. Wir sollten jetzt Rückstellungen machen.» Deshalb ist er dagegen, die Vorfinanzierung für die Sanierung der Schulanlage Watt um 600'000 Franken auf zwei Millionen zu reduzieren, wie es ein Änderungsantrag einer RPK-Mehrheit vorsieht. Laut Michael Käppeli wird damit eine «stabile Finanzpolitik» erreicht.

Die Fraktionspräsidenten der BDP, Peter Vollenweider, und der CVP, Markus Hürzeler, sind anderer Meinung: «Die Mehrheit will die Vorfinanzierung nur reduzieren, damit der Steuerfuss mehr als zwei Prozentpunkte gesenkt werden kann. Irgendwann müssen wir aber für die Investi-

tionen zahlen», sagt Hürzeler. Wie auch Vollenweider werde er nicht viele Änderungsanträge, sondern meist dem Antrag des Stadtrats folgen. «Die Kürzungen der RPK-Mehrheit bringen das Fass zum Überlaufen. Wir müssen dem Stadtrat mehr Vertrauen entgegenbringen», sagt Vollenweider. Derselben Meinung ist auch Hürzeler.

Kleiner Teil für Arme

Die Senkung der Beträge für die Vorfinanzierung ist nur ein Beispiel von insgesamt 35 Änderungsanträgen der RPK. Den meisten Parteien gehen die An-



«Die finanzpolitische Trendwende ist geschafft.»

Michael Käppeli, RPK-Präsident (FDP)

träge zu weit. Vor allem die Streichung des Betrags für die Entwicklungshilfe von 60'000 Franken stösst manchen Gemeinderäten sauer auf. Zumal eine RPK-Minderheit diesen Betrag gar auf 105'000 Franken aufstocken will.

Arie Bruinink (GP) sagt, der Streichungswunsch sei ein Armutszeugnis. «Wir sparen auf dem Buckel der Ärmsten.» Daniel Hari (EVP) befürchtet, dass, wenn der Betrag gestrichen wird, die Entwicklungsprojekte – die von der Reformierten sowie

der Katholischen Kirche und dem Verein Solidarbasar mitgetragen werden – ganz fallengelassen werden. «Wir haben in den letzten Jahren viele Steuererträge eingenommen. Davon können wir einen kleinen Teil für Arme ausgeben.» Grundsätzlich findet Hari: «Es ist problematisch, wenn der Stadtrat ein brauchbares Budget aufstellt und das Parlament meint, daran «umedöckerte» zu müssen.»

Geld für Kyburgiade?

Auch die SP hält von den meisten Änderungsanträgen nichts. «Es wäre schrecklich, wenn alle durchkommen würden», sagt Adrian Kindlimann. Ihm tut auch die Streichung des Betrags von 10'000 Franken für die Kyburgiade weh. Dasselbe gilt für die Mehrheit der FDP/JLIE-Fraktion, wie Stefan Eichenberger sagt. Auch Andreas Hasler spricht – wie bei der Streichung der Entwicklungshilfe – von einem Solidaritätsbeitrag. «Einige Änderungsanträge basieren zu stark auf Zahlen, man hat nicht geschaut, welches politische Zeichen wir damit senden würden.» Das gelte etwa für die Streichung des Betrags für einen Energieberater, die eine RPK-Mehrheit verlangt. «Damit würden wir unser Energiestadtlabel verlieren, denn der Energieberater ist Voraussetzung dafür.»

Eine RPK-Mehrheit begründet die Streichung der Entwicklungshilfe damit, dass der Bund und die Kantone bereits in grossem Umfang Entwicklungshilfe leisten. «Das ist keine kommunale Aufgabe», sagt René Truninger. Dasselbe gelte für die Kürzung des Betrags für die Partnerschaften Inland um die Hälfte auf 25'000 Franken, womit die Partnergemeinde Calanca unterstützt wird. Käppeli fügt hinzu: «Dafür gibt es auch die Schweizer Berghilfe. Wir werden Calanca aber weiterhin mit Frondiensten unterstützen, zum

Beispiel durch Einsätze des Zivilschutzes.»

Den Verzicht auf die Bildung eines separaten Kontos für die Kyburgiade begründet Käppeli mit dem bereits vorhandenen Budget für kulturelle Anlässe. «Von diesen 60'000 Franken soll auch die Kyburgiade unterstützt werden.» Dafür, den Posten zu erhöhen, gibt es aber keine Mehrheit in der RPK.

Extreme Haltungen

Grundsätzlich stellt RPK-Mitglied Andreas Hasler fest, dass sich die Diskussion um den Voranschlag verändert hat. Es gehe jetzt öfters um grundlegende



«Es wäre schrecklich, wenn alle Änderungsanträge durchkommen würden.»

Adrian Kindlimann, Gemeinderat (SP)

Entscheiden mit extremen Haltungen. «Früher gab es ebenfalls kontroverse Diskussionen. Letztlich war aber eine deutliche Mehrheit des Parlaments zufrieden mit dem Voranschlag. Für Donnerstag erwartet er, dass der Entscheid knapp wird. «Es entsteht ein tiefer Graben zwischen den Parteien.»

Fabian Senn

Die Doppelsitzung des Parlaments findet am Donnerstag, 14. Dezember, um 18.15 Uhr im Stadthausaal Effretikon statt.

Die festlichste Weihnachtsdekoration



Das Restaurant Alpenrösli in Wallikon ist dank seiner einzigartigen Weihnachtsbeleuchtung Abends schon von Weitem zu sehen. Bei näherer Betrachtung stechen die vielen kleinen Details der Dekoration ins Auge. Mehr Bilder unter zueriost.ch/galerien. David Kündig

Gemeindeversammlung

Geld für Gestaltungsplan

HITNAU Heute um 20 Uhr findet die Gemeindeversammlung in der Kirche statt. Hauptgeschäfte sind die Budgets 2018 der Politischen- und der Schulgemeinde. Traktandiert sind ausserdem die Statutenrevisionen der Bezirks-Zweckverbände Schulpsychologischer Dienst und Sozialdienst. Und schliesslich ist auch der Luppmpark, auf dem Alterswohnungen geplant sind, traktandiert: Unter anderem sollen 180'000 Franken aus dem Emil-Spörri-Fonds entnommen werden, um einen Gestaltungsplan für das Areal zu finanzieren. zo

Temporeduktion im Seewadel

BAUMA Auf die Baumer Stimmberechtigten wartet heute Abend um 20 Uhr bei der Gemeindeversammlung im Tannensaal ein Mammutprogramm. Auf der Traktandenliste stehen neben dem Voranschlag 2018 acht weitere Traktanden. Die Versammlung stimmt über das neue Konzept zur Vereinsförderung, die Initiative zur Temporeduktion auf der Strasse im Seewadel, den Zusammenschluss der Wasserversorgung in Altlandenberg und die Baubrechung für das Busbahnhofprojekt ab. Daneben stehen die Revisionen der Statuten für die Zweckverbände Schulpsychologischer

Dienst und Soziales Bezirk Pfäffikon an. Abgerundet wird die Gemeindeversammlung von drei Einbürgerungen. zo

Voranschlag 2018 ist umstritten

WEISSLINGEN Die Stimmberechtigten in Weisslingen stimmen heute Abend über sechs Traktanden ab: Zuerst steht der Voranschlag 2018, der ein Minus von 1,1 Millionen Franken prognostiziert, sowie die Festsetzung des Steuerfusses an. Letzterer soll nach Antrag des Gemeinderates für das kommende Jahr um fünf Prozentpunkte auf 106 Prozent steigen. Die RPK empfiehlt, das Budget abzulehnen. Dem Antrag zur Festlegung des Steuerfusses stimmt sie zu. Neben Einbürgerungen betreffen die weiteren Geschäfte die neue Gebührenverordnung, wie auch die Totalrevision der Zweckverbandsstatuten des schulpsychologischen Dienstes und der Regionalplanung Winterthur und Umgebung. Weiter soll über einen Kredit zum Neubau des Gehwegs Dettenriederstrasse von rund 1,5 Millionen Franken befunden werden. Aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde empfiehlt die RPK den Kreditantrag abzulehnen. zo

Alle Geschäfte unter zueriost.ch/meinegemeinde